



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 81831 - 28  
Fernschreiber 0886890

P/XIII/169 - 30. Juli 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeiler:

1 - 2

Einsame Entschlüsse  
Von Gustav W. Heinemann, MdB.

60

3 - 4

Farfani und die Nahostkrise  
Spannungen im Regierungslager

70

5

14 000 Kinder suchen ihre Eltern  
Gute Zusammenarbeit zwischen Rotem Kreuz in der  
Bundesrepublik und der Zone

45

6

Im Mittelpunkt: Der Mensch ?  
Misstöne bei der "Stimme Amerikas"

50

\* \* \* \* \*  
\* \* \* \* \*

### Einsame Entschlüsse

Von Gustav W. Heinemann, MdB.

Einsame Entschlüsse können auch andere fassen als nur der Bundeskanzler. Peinlich sind sie dann, wenn sie ihn, den Verächter der Konsultation, selber betreffen. Als die USA und England in den Libanon und in Jordanien einmarschierten, dachten sie ebenso wenig daran, den westdeutschen Bundesgenossen an der Überlegung für diese Entscheidung zu beteiligen, wie es England und Frankreich 1956 beim Suezüberfall auf Ägypten taten. Mit verhaltenem Atem musste Bonn zusehen, wie amerikanische Truppen im Juli d.J. plötzlich aus der Bundesrepublik in den Orient abflogen, und wie westdeutsche Flugplätze zum Stützpunkt des überseeischen amerikanischen Fachschubes in die Türkei wurden. Wie ein Eisregen legte sich die Erkenntnis politischer Ohnmacht der Bundesrepublik auf Bonn. Die so überschwenglich gepriesene "Sicherheit" enthüllte sich über Nacht in erschrecklicher Klarheit als eine Verstrickung in das Risiko eines dritten Weltkrieges um Ölquellen und zur Behinderung arabischer Einigung. Aus Bundesgenossen schienen plötzlich Bundesgeniessende und Bundesgenossene geworden zu sein.

Schalten wir fünf Jahre zurück. Im April 1953 besuchte Dr. Adenauer in Washington den neugewählten Präsidenten Eisenhower und den neuen Außenminister Dulles. Als er zurückkam, hielt er auf dem CDU-Parteitag in Hamburg eine Rede, deren Kernsätze als vollendeter Ausdruck seiner Illusionspolitik immer wieder in Erinnerung gerufen werden müssen, um unsere heutige Lage verstehen zu können. Dr. Adenauer sagte damals unter dem Jubel der Parteigenossen: "In unserer Hand, in der Hand der CDU und der CSU, zusammen mit den beiden anderen Koalitionsparteien (FDP und DF) liegt bei der zukünftigen Wahl in Wahrheit das Schicksal der Welt (!) ... die Nachwelt wird einmal das Urteil fällen, ob in der Bundesrepublik Deutschland sich in diesem historischen Jahr 1953 Männer und Frauen zusammengefunden haben, die erkannt haben, ... dass Deutschland jetzt

30. Juli 1958

tatsächlich im Mittelpunkt des Weltgeschehens (!) steht und dass es von uns (!) abhängig ist, ob die Welt Frieden bekommt, ... ob wir eine Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit bekommen... Sternstunden der Menschheit(!) sind nur einmal da. Wenn man sie unbenutzt verstreichen lässt, kehren sie nicht wieder."

Die Wähler gaben damals Dr. Adenauer die Mehrheit im zweiten Bundestag, die er begehrte. An ihnen lag es also nicht, dass die grossartige "Sternstunde der Menschheit", in der die CDU/CSU das Schicksal der Welt samt Frieden, Freiheit und deutscher Wiedervereinigung in ihre Hand gegeben sah, nicht genutzt werden konnte. Wenn sich inzwischen erwiesen hat, wie leer und ohnmächtig in Wahrheit die Hände der CDU/CSU im weltpolitischen Spiel sind, so kann es offenbar nur an den Illusionen liegen, auf denen sie ihre Politik einer eingebildeten Stärke jahrelang aufgebaut hat. Von Bonn als einem "Mittelpunkt des Weltgeschehens" zu sprechen vermochte in diesem erregenden Juli 1958 selbst Dr. Adenauer nicht.

Auch das Nachspiel der einsamen Beschlüsse blieb nicht aus. So wie Dr. Adenauer seine Minister und seine Fraktion nach einzelnen Beschlüssen jeweils nachträglich zur Zustimmung heranholt, so wurde diesmal auch er von Dulles dazu herangeholt, nachträglich dem Libanon- und Jordanien-Einmarsch seine Bekräftigung zu verleihen und damit die so wehtuend empfundene anfängliche Distanzierung von diesem gefährlichen Spiel zu verlassen. Dafür lobte ihm Dulles auf seinem Durchreisebesuch in Bonn am 26. Juli als von "grossem Kanzler" der Bundesrepublik.

Nun soll es zur Gipfelkonferenz im Sicherheitsrat der UNO gehen. Wir werden an dieser Konferenz nicht beteiligt sein. Die deutsche Wiedervereinigung wird, wenn überhaupt, nur beiläufig zur Sprache kommen. Hoffen wir, dass für die Probleme der arabischen Einigung eine gute Lösung gefunden werde!

+ + +

Fanfani und die Nahostkrise

P.E., Rom - Ende Juli

Ministerpräsident Amintore Fanfani, dessen erster Versuch einer Regierungsbildung im Jahre 1954 gleich zu Beginn an einem Misstrauensvotum des Parlaments scheiterte, hat diesmal die erste Klippe überwunden und im Senat wie in der Deputiertenkammer das Vertrauen ausgesprochen erhalten. Das Abstimmungsergebnis schien von allen Anfang an gesichert; wenn es dennoch im letzten Augenblick zu einer höchst kritischen Situation kam, an der Fanfani beinahe zum zweiten Male gescheitert wäre, so war dies in erster Linie den stürmischen Ereignissen im Nahen Osten zuzuschreiben.

In der Beurteilung des Nahostproblems durch die italienische Öffentlichkeit lassen sich vier verschiedene Richtungen feststellen. Da sind einmal die sogenannten "Atlantisti", für die es nur eine einzige mögliche Haltung Italiens gibt, nämlich die absolute Treue zum Atlantikpakt und damit zu den Anglo-Amerikanern. Die "Atlantisti" sehen im Panarabismus Nassers nichts weiter als die Bolschewisierung des Nahen Ostens und in jeder Konzession an diese Bewegung eine verhängnisvolle neuerliche Schwächung der freien Welt. Zu dieser Meinung bekennt sich der rechte Flügel der Democrazia Cristiana, als deren Wortführer der frühere Ministerpräsident und Außenminister Giuseppe Pella auftritt. Im schroffsten Gegensatz hierzu wollen die Kommunisten in den Westmächten ausschliesslich die Exponenten des ausbeuterischen "Kolonialismus" und des "Monopolkapitals" sehen, während für sie Recht und Gerechtigkeit natürlich ausschliesslich auf der Seite Nassers und der Sowjetunion zu finden ist.

Den kommunistischen Gedankengängen irgendwie verwandt, wenn auch keineswegs mit ihnen identisch ist die Haltung der Ferni-Sozialisten. Sie fordern für Italien eine Politik der strikten Neutralität zwischen den Machtblöcken nach dem Vorbild Titos und Nehrus. Die arabische Bewegung muss nach ihrer Auffassung unterstützt, nicht aber bekämpft werden, teils aus ideologischen, teils aus praktischen Erwägungen, da Italien als bedeutende Mittelmeer-macht alles Interesse daran hätte, sich die Freundschaft der arabischen Welt zu erwerben.

30. Juli 1958

Kun gibt es aber noch eine Richtung, die in den Kreisen der heutigen italienischen Regierungsparteien nicht wenige Anhänger zählt. Ihr Hauptvertreter ist der Führer der Sozialdemokraten Saragat, aber auch Ministerpräsident Fanfani und seine engeren Parteifreunde haben aus ihrer weitgehenden Übereinstimmung mit dieser Auffassung nie ein Eohl gemacht. Für die italienischen Sozialdemokraten stellt zwar das Bündnis mit den Westmächten einen unverrückbaren Pfeiler der italienischen Aussenpolitik dar, zugleich aber sind sie, in Übereinstimmung mit den Anschauungen der Labour-Party und der deutschen Sozialdemokraten, der Überzeugung, dass jeder scharf anti-arabische Kurs des Westens politisch wie ideologisch verfehlt wäre und dass insbesondere Italien sich hüten sollte, die atlantische Bündnistreue zu einer kritiklosen blinden Gefolgschaft im anglo-amerikanischen Fahrwasser entarten zu lassen. Die Haltung des Führers einer der beiden Regierungsparteien löste bei den "Atlantisti" unter den christlich-demokratischen Parlamentariern eine Art Palastrevolution aus, und auch die Republikaner drohten, statt der bis dahin zugesagten Stimmenthaltung gegen Fanfani zu stimmen und dadurch die Regierung zu stürzen, wenn der Ministerpräsident sich nicht klar und eindeutig zur atlantischen Vertragstreue bekenne und der Linken eine scharfe Absage erteile.

In dieser kritischen Situation machten sich die Nenni-Sozialisten erbötig, Fanfani durch eine entsprechend grosse Zahl von Stimmenthaltungen ihrer eigenen Abgeordneten zu retten, förđerten dafür jedoch, dass der Ministerpräsident sich mehr oder minder deutlich zu einer Politik des Neutralismus bekenne. Da dies aber voraussichtlich zu einer offenen Revolte der von Pella geföhrten Rechtsgruppe der Democrazia Cristiana und damit zum Zerfall der ganzen Partei geföhrt hätte, entschloss sich Fanfani nach anfänglichen Zögern doch dazu, das von ihm geforderte Bekenntnis zum Atlantikpakt abzulegen und seine Regierung energisch von allen Linketendenzen zu distanzieren.

Durch dieses Nachgeben gegenüber dem Druck der Rechten gelang es Fanfani zuletzt doch, die wenngleich sehr knappe Mehrheit in der Kammer zu erlangen, die den Bestand seiner Regierung zumindest bis zum Ende der sommerlichen Parlamentsferien gewährleisten dürfte. Dann freilich wird der Konflikt zwischen dem nach links orientierten Ministerpräsidenten und den sehr mächtigen Rechtskräften in der Democrazia Cristiana bei irgendwelchen anderen Anlässen von neuem offen zum Ausdruck kommen.

### 14 000 Kinder suchen ihre Eltern

G.B. Bei den sich überstürzenden Meldungen der grosser Welt-politik geht so manche Nachricht unter, die von dem Leid berichtet, das eben diese Welt-politik einmal angerichtet hat. Dreizehn Jahre nach Kriegsende suchen in Deutschland noch immer 14 000 Kinder ihre Eltern. Auf der Flucht, bei Umsiedlung und Evakuierung, in Bomben-nächten verloren diese Kinder ihre Angehörigen, sie leben heute in Waisenhäusern, bei Pflegeeltern und in Kinderheimen - aber immer noch hegen sie die Hoffnung, in das eigene Elternhaus zurückkehren zu können. Wer hilft ihnen dabei?

Das Deutsche Rote Kreuz konnte durch seinen Kindersuchdienst schon 100 000 Kinder wieder mit ihren Angehörigen vereinen. Aber naturgemäss wird die Tätigkeit des DRK von Jahr zu Jahr schwieriger; die Kinder wachsen heran, ihre Erinnerung an die Vergangenheit wird schwächer und die Nachforschung nach dreizehn Jahren komplizierter. Trotzdem können monatlich immer noch 350 Erfolge gemeldet werden. Da ein Teil der Kinder und auch der suchenden Eltern (12 000 Such-anträge von Angehörigen liegen vor) in der Sowjetzone beheimatet ist, ist das DRK auf die Hilfe des Roten Kreuzes der Zone angewiesen. Es ist erfreulich, in einer Zeit sich ständig vertiefender Spaltung berichten zu können, dass die Zusammenarbeit zwischen hien und drüben auf diesem menschlich so wichtigen Gebiet gut funktioniert. Die beiden deutschen Rot-Kreuz-Gesellschaften brachten gemeinsam zwei Kinderbildhefte in 50 000 Exemplaren heraus, die bei allen Rotkreuz-stellen, den freien und kirchlichen Wohlfahrtsverbänden, bei Jugend-ältern und Flüchtlingslagern ausgelegt wurden. Diese gemeinschaft-liche Aktion brachte gute Erfolge - ein Zeichen für die Unerlässlich-keit und Bedeutung solcher "technischen" Kontakte nach drüben.

Immer noch aber gibt es Eltern, die bisher keinen Suchantrag stellten oder stellen konnten. Meist handelt es sich um Umsiedler aus den polnisch besetzten Ostgebieten. Sie gilt es unmittelbar nach der Heimkehr mit den Möglichkeiten des Suchdienstes bekanntzumachen, was meist schon im Umsiedlerlager geschieht. Umgekehrt bringen diese Menschen vielfältige Nachricht über gesuchte Kinder und Eltern mit, die noch jenseits von Oder und Weisse leben.

Die schwieriger Bedingungen einer Suche unter den heutigen Ver-hältnissen haben das DRK zu einer neuartigen Aktion veranlasst: In den neuen Suchplakaten werden nicht nur Bilder des suchenden Kindes aus der Zeit der Auffindung, sondern auch solche aus der Gegenwart veröffentlicht. Das Rote Kreuz rechnet damit, dass im Laufe der Zeit die Familienähnlichkeit stärker hervortritt und von den Eltern leicht-ter erkannt wird. Es ist zu hoffen, dass über diese solide gesamt-deutsche Brücke des Deutschen Roten Kreuzes auch die letzten Kinder in das Elternhaus zurückgeführt werden können.

Im Mittelpunkt: Der Mensch?

J.F.W. Der amerikanische Regierungssender "Die Stimme Amerikas" will zum 31. August sein Studio in München schließen. Angesichts der nachdenklichen Erfahrungen, die wir in den letzten Wochen mit den gefährlichen Möglichkeiten machen mußten, die sich aus der Verknüpfung der Bundesrepublik mit politischen Aktionen der USA ergeben können, wird dieser Entschluß in der deutschen Öffentlichkeit Zustimmung finden. Er bedeutet eine Einschränkung der amerikanischen Aktivität auf dem Gebiet des Propagandakrieges gegenüber dem Osten, der sich vorwiegend immer noch in der Bundesrepublik abspielt. Eine Aktivität, für die die Bundesrepublik die Mitverantwortung tragen muß, solange diese Rundfunksendungen in Deutschland entweder zusammengestellt oder ausgestrahlt werden. Am technischen Sendebetrieb wird sich auch in Zukunft nichts ändern. Die Münchener Sendeanlage der "Stimme Amerikas" bleibt als einer der stärksten Sender auf deutschem Boden im Betrieb; lediglich die Redaktion wird in die USA verlegt.

Die verantwortlichen amerikanischen Stellen in Washington und München planen diese Umorganisation dieses Senders in recht befreundlicher Weise. Gedanken über das Schicksal der Menschen, die zur Mitarbeit an der "Stimme Amerikas" aus ganz Europa zusammengelotet wurden, scheint man sich hierbei nicht zu machen. Zu einem erheblichen Teil sind diese angestellten Emigranten aus den Ländern des Ostblocks, die aus ihren Asylländern nach München verpflichtet wurden. Etwa 100 unter ihnen stehen nach ihrer Entlassung vor dem Nichts. Eine Abfindung zum Aufbau einer neuen Existenz nach der kurzfristig ausgesprochenen Kündigung wurde ihnen ebenso verweigert, wie die Einreise in die USA. Ihre Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland ist in den meisten Fällen auf die Dauer ihrer Tätigkeit bei dem amerikanischen Sender beschränkt. Aber auch ohne eine solche Erschwerung hätten nur wenige dieser ausländischen Spezialkräfte die Möglichkeit, in der Bundesrepublik einen anderen Arbeitsplatz zu finden. Sie werden in die Länder zurückkehren müssen, die ihnen nach der Flucht aus dem Osten zunächst Asyl gewährten, um dort ohne Mittel vor einer völlig ungewissen Zukunft zu stehen.

Der Abbau des Münchener Studios war seit längerer Zeit beschlossene Sache. Man schwieg gegenüber den Angestellten bis in die letzten Wochen, um - wie offiziell verlautet wurde - ihre "Arbeitsmoral" nicht zu beeinträchtigen. Daß man damit den Angestellten die geringe Möglichkeit, durch Suchen nach einer neuen Stellung ihr Los zu verbessern, noch weiter beschneidet, kümmerte niemand. In dieses Bild paßt es, daß bis zum Schlußtag am 31. August auch eine Urlaubssperre verhängt wurde, daß den Mitarbeitern sogar nahegelegt wurde, auf Krankerurlaub zu verzichten.

Die Mißachtung moralischer Verpflichtungen, die sich in diesem Verhalten amerikanischer Dienststellen gegenüber Menschen, die ihnen vertrauten, zeigt, ist wahrhaft erschreckend. Sie steht der Direktion eines Senders besonders schlecht zu Gesicht, der die Überlegenheit der amerikanischen Lebensform gegenüber der Menschenverachtung des Bolschewismus predigt. Wenn bei der "Stimme Amerikas" schon die menschliche Verantwortlichkeit nicht zählt, dann sollte man wenigstens überlegen, wie der politische Kredit des Senders und des Freien Westens allgemein unter diesem Vorgehen leiden muß.